
FDP Main-Kinzig

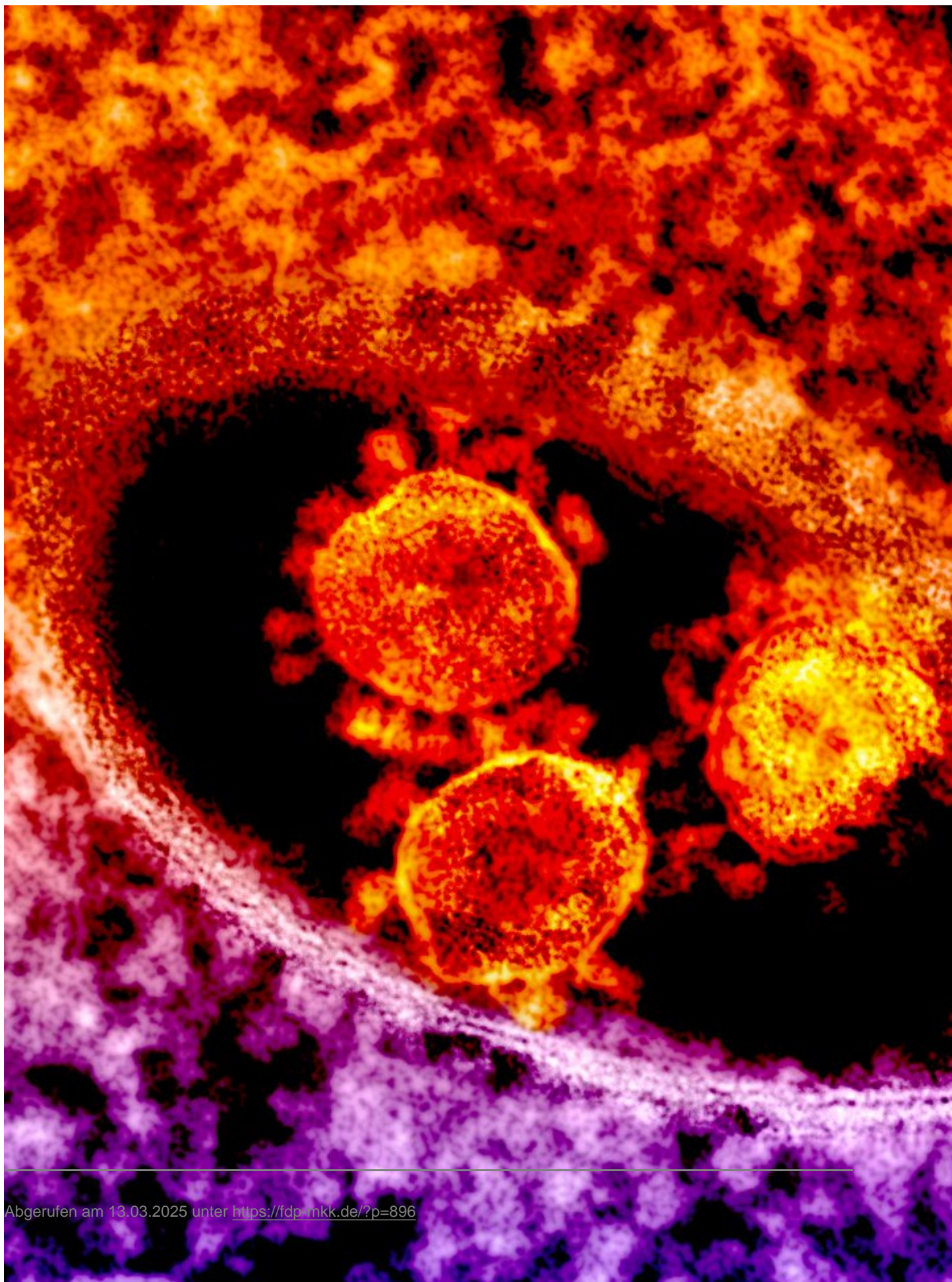
CORONA GEFÄHRDET UNTERNEHMEN – KOMMUNEN MÜSSEN HANDELN

22.03.2020

Die FDP Main-Kinzig fordert die Städte und Gemeinden im Kreis auf, Unternehmen in der Corona-Krise unbürokratisch zu unterstützen. „Die Kommunen sollten den Firmen vor Ort eine Stundung der Gewerbesteuern anbieten“, fordern der FDP-Kreisvorsitzende Daniel Protzmann und der FDP-Kreisbeigeordnete Dr. Ralf-Rainer Piesold für ihre Partei. Durch die Corona-Krise würden bei vielen Betrieben die Einnahmen wegbrechen, während die Kosten ungebremst weiterlaufen würden. Bis zum nächsten vierteljährlichen Gewerbesteuer-Termin am 15. Mai könnten die Städte aktiv werden.

Städte und Gemeinden erheben von ihren Gewerbebetrieben die Gewerbesteuer. Dazu legen Sie einen Hebesatz fest. Die Gewerbesteuern sind für die meisten Kommunen ein wichtiger Teil ihrer Einnahmen. „Wir halten es aber für klug, vorübergehend auf diese Einnahmen zu verzichten, wenn wir dadurch Unternehmen langfristig erhalten können“, so der FDP-Chef. Es sei keinem geholfen, wenn die Gewerbesteuern jetzt eingenommen würden, aber Firmen dadurch in Zahlungsschwierigkeiten kommen würden. Städte und Gemeinden könnten die Zahlungsausfälle wesentlich besser verkraften, als Kleinunternehmer und Mittelständler.

Dr. Ralf-Rainer Piesold kündigte an, auf den Landrat zuzugehen, um für die Interessender Gewerbetreibenden zu werben. „Es wäre wünschenswert, wenn im ganzen Kreis eine einheitliche Linie verfolgt werden würde“, stellt der ehrenamtliche Kreisbeigeordnete aus Hanau fest. Auch der Kreis sei betroffen, da die Kreisumlage erheblich von der Gewerbesteuer in den Kommunen abhängt. „Wenn wir die Unternehmen jetzt entlasten, hilft das auch den Menschen vor Ort. Denn gerade die kleinen Gewerbebetriebe decken den Bedarf in den Städten und Gemeinden und schaffen wohnortnahe Arbeitsplätze“, so Piesold und Protzmann abschließend.



by [National Institutes of Health \(NIH\)](#) is licensed under [CC BY-NC 2.0](#)    Source of content by the unknown